

## INHALT

1. CDU-Fraktion präsentiert Plakat zur Finanzpolitik
2. Landesregierung lehnt Investitionen aus Zinersparungen für KiTas und Straßen ab
3. Diskussion über HSH-Nordbank
4. Umstrittener Erlass zur Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in Kraft
5. Europabericht der Landesregierung
6. Regierungsfaktionen wollen Extremismusklausel abschaffen
7. „Blaues Wachstum“

13.12.2012

### CDU-Fraktion präsentiert Plakat zur Finanzpolitik Neuverschuldung soll 2013 auf 461 Millionen Euro steigen



Mitglieder der CDU-Fraktion bei der Vorstellung des Plakats

461 Millionen Euro neue Schulden will die Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW im kommenden Jahr aufnehmen. Mit der diese Woche verabschiedeten Nachschiebeliste kamen zu den ursprünglich geplanten 420 Millionen noch einmal 41 Millionen Euro hinzu.

Demgegenüber steht der Jahresabschluss des noch von der CDU-geführten Vorgängerregierung verantworteten Haushalts 2012. Dieser erreicht den niedrigsten Wert seit 1970. Da SPD, Grüne und SSW keinen Nachtragshaushalt verabschiedet hatten, reklamierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen diesen Erfolg heute (13. Dezember 2012) bei der Vorstellung eines Plakates (siehe unten) für die CDU:

„Wir haben gezeigt, dass eine schwarze Null möglich ist. SPD, Grüne und SSW kriegen es nicht hin“, erklärte Callsen vor dem Landeshaus. Die Regierung Albig komme trotz hoher Steuereinnahmen und niedriger Zinsen nicht mit dem Geld aus. Darüber hinaus gefährdeten sie durch eine arbeitsplatzfeindliche Gesetzgebung die gute Wirtschaftsentwicklung.

„Die schwarze Null war für die CDU nie ein Selbstzweck. Wir alle wollen in Zukunft lieber mehr Geld für Schulen und Kindergärten ausgeben, als für Zinsen. Die Regierung Albig macht genau das Gegenteil“, erklärte Callsen.

Besondere Aktualität erhielt die Aktion durch die Veröffentlichung der Stellungnahme des Landesrechnungshofes zum Haushaltsentwurf der neuen Landesregierung.

Dieser bemängelt in scharfen Worten, dass das strukturelle Defizit des Landeshaushaltes wieder steige. Das Land nehme viel zu hohe Zahlungsverpflichtungen für die Zukunft auf sich. Es werde keine Vorsorge

Link zum Plakat:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/albig461schulden.pdf>

Link zur Stellungnahme des Landesrechnungshofes:

[http://www.landesrechnungshof-sh.de/file/hh-stellungnahme\\_2013.pdf](http://www.landesrechnungshof-sh.de/file/hh-stellungnahme_2013.pdf)

---

### **Landesregierung lehnt Investitionen aus Zinersparungen für KiTas und Straßen ab CDU-Fraktion enthält sich zu 51-Millionen Sondervermögen für Hochschulen**



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Dass die CDU-Fraktion Ausgabensenkungen nicht als Selbstzweck sieht, hatte sie mit dem Antrag zur Einrichtung eines Sondervermögens für Universitäten, KiTa-Ausbau und Straßenbau bewiesen.

„Als Rot-Grün im Jahre 2005 von Bord ging, hatte das Land Schleswig-Holstein eine Neuverschuldung in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro CDU und FDP übergaben im Jahre 2012 an die „Dänen-Ampel“ einen Haushalt, der nun am Ende eine „schwarze Null“ präsentiert. Darauf sind wir stolz! Zinersparnisse in Höhe von 70 Millionen Euro stehen uns in diesem Haushaltsjahr im Jahr 2012 zur Verfügung“, so Callsen.

Die CDU-Fraktion wolle dieses Geld zum einen für die energetische Gebäudesanierung an den

Universitäten, den schnelleren Ausbau der frühkindlichen Bildung, sowie in den Abbau des Sanierungsstaus in der Verkehrsinfrastruktur investieren. Callsen legte Wert darauf, dass es sich um einmalige Investitionen handelte, die zukünftige Haushalte entlasteten.

Mit ihrem Antrag konnte sich die CDU-Fraktion nicht durchsetzen. Verabschiedet wurde stattdessen ein 51-Millionen-Paket zur Hochschulsanierung, bei dem sich die CDU-enthielt.

Link zum CDU-Antrag:

[http://www.cdu.ltsh.de/media/Sondervermoegen\\_final.pdf](http://www.cdu.ltsh.de/media/Sondervermoegen_final.pdf)

Link zur Berichts- und Beschlussempfehlung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0376.pdf>

---

## **Diskussion über HSH-Nordbank**

### **Finanzministerin prüft konkret Umsetzung einer Garantierhöhung**

In ihrem Bericht zur HSH-Nordbank hat Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) eingeräumt, dass das Land konkret eine Erhöhung der Garantiesumme prüfe.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen deutete in seinem Debattenbeitrag an, dass seine Fraktion diesen Weg unterstützen könnte:

„In der gegenwärtigen Situation der Bank geht es für die Länder und Anteilseigner darum, ein Zeichen auszusenden. Es geht um unsere Verantwortung, das Land vor Vermögensschäden zu bewahren. Es geht um Verantwortung für die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HSH-Nordbank. Durch eine mögliche Anhebung der Garantiesumme auf zehn Milliarden Euro würden wir am Markt wieder ein größeres Vertrauen schaffen“, so Callsen.

Offenbar habe sich das neue Geschäftsmodell als Regionalbank für den norddeutschen Raum und als Partner zur Finanzierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen noch nicht vollständig in der Breite entwickelt.

Die Landesregierung sei nun in der Verantwortung, alle Optionen zu prüfen, Folgeabschätzungen zu machen und über ihre Einflussmöglichkeiten die Tätigkeit der Bank zu begleiten.

Der Landtag brauche eine belastbare Entscheidungsgrundlage. Insbesondere müsse geprüft werden, welche EU-rechtlichen Konsequenzen mit den Plänen der Landesregierung verbunden seien.

„Es nützt der Bank und dem Land Schleswig-Holstein wenig, wenn die Garantiesumme erhöht wird, wir aber vor einem neuen Beihilfeverfahren stehen, dessen Ausgang nicht absehbar ist“, so Callsen. Auch zu dieser Frage müsse die Landesregierung deshalb die Karten auf den Tisch legen, und schon im Vorfeld Klarheit schaffen.

---

## **Umstrittener Erlass zur Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in Kraft**

### **Numerische Kennzeichnung für geschlossene Einheiten und Spezialeinheiten**

Am 07. Dezember 2012 wurde die von Innenminister Andreas Breitner (SPD) bereits seit längerem angekündigte umstrittene Regelung zur Kennzeichnung von Polizeibeamten erlassen. Eine Pflicht, Namensschilder zu tragen, gilt künftig für alle Beamte im Präventionsdienst. Für Polizeivollzugsbeamte bleibt die namentliche Kennzeichnung freiwillig.

Geschlossene Einheiten und Spezialeinheiten müssen künftig durch eine numerische organisationsbezogene Zuordnung auf der Dienstkleidung gekennzeichnet werden.

Dies war vorab umstritten, da befürchtet wird, dass Namen öffentlich und die Beamten und ihre Familien dadurch gefährdet werden. Die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, reagierte denn auch kritisch. „Dieser Erlass ist ein klarer Misstrauensbeweis des Innenministers gegenüber den Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein“, so Damerow.

Sie erinnerte daran, dass es bislang in Schleswig-Holstein keinen einzigen Fall gab, in dem eine notwendige Identifizierung einer Polizistin oder eines Polizisten durch die Landespolizei nicht möglich war.

Mit seinem Erlass zur Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten für Spezial- und geschlossene Einheiten würden ausgerechnet diejenigen getroffen, die beispielsweise im Rahmen der Bekämpfung der Rockerkriminalität oder bei gewalttätigen Demonstrationen ihren wichtigen Dienst für das Land leisteten.

„Der Erlass ist unsinnig und überflüssig. Er erhöht die Gefahr persönlicher Gefährdung genau derjenigen Polizeibeamtinnen und -beamten, die in den gefährlichsten Einsätzen ihre Haut zu Markte tragen“, so die polizeipolitische Sprecherin.

---

## Europabericht der Landesregierung Europaministerin führt CDU-Europapolitik unter neuem Etikett fort



Astrid Damerow, MdB

In ihrer Regierungserklärung „Schleswig-Holstein in Europa“ vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag präsentierte Europaministerin Anke Spoorendonk heute (13. Dezember 2012) ihre Vorhaben für die Europapolitik und stellte den „Europabericht 2012“ der Landesregierung vor.

Die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow begrüßte die Fortsetzung der erfolgreichen Europapolitik der alten CDU-geführten Landesregierung durch die Dänen-Ampel. „Es ist richtig auf diesen Erfolg aufzubauen, und die CDU unterstützt diesen Weg“, so Damerow.

Die von der Ministerin angekündigte neue Auslegung der Europapolitik steht bislang jedoch im Raum, ohne von der Landesregierung mit wesentlichen Inhalten gefüllt zu werden. Die

Fortsetzung der vernünftigen Arbeit durch die CDU bekäme nun einfach eine neue Verpackung, um sie als neue zu verkaufen. „Das ist alter Wein in neuen Schläuchen“, so Damerow.

„Die Europaministerin, wie auch die Landesregierung insgesamt sind gefordert, auf die Veränderungen in Europa zu reagieren, die Chancen für Schleswig-Holstein zu nutzen und Europapolitik aktiv zu leben“, so Damerow.

In einem Dreiminutenbeitrag brachte der CDU-Fraktionsvorsitzende Johannes Callsen zwei konkrete Beispiele, in denen Spoorendonk als Ministerin nun Projekte ausdrücklich begrüßt, die sie als SSW-Vorsitzende in der letzten Legislaturperiode noch kritisiert habe: Einmal die neue Dänemarkstrategie und zweitens die Zusammenlegung der beiden deutsch-dänischen INTERREG-Förderprogramme: „Ihre Regierungserklärung, Frau Ministerin, war inhaltslos“, so Johannes Callsen.

---

### **Regierungsfractionen wollen Extremismusklausel abschaffen** **Verheerender Eindruck für jede glaubhafte Arbeit gegen Extremismus!**



Dr. Axel Bernstein

Mit einem gemeinsamen Antrag wollen SPD, Grüne, SSW und Piraten die Abschaffung der so genannten „Extremismusklausel“ erreichen. Mit dieser Klausel wird all jenen das Bekenntnis zum Grundgesetz abverlangt, die für Projekte gegen Extremismus Fördergelder aus den Töpfen des Bundesfamilienministeriums erhalten wollen.

Besonders pikant: Die Abschaffung der Klausel wird ausgerechnet für solche Projekte beantragt, für die das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren als einzig möglicher Antragssteller gegenüber dem Bund sowie das Innenministerium als Landeskoordinierungsstelle zuständig sind.

Der CDU-Abgeordnete Axel Bernstein forderte die Mitglieder der antragstellenden Fraktion auf, darüber nachzudenken, welches Signal sie als regierungstragende Fraktionen aussenden, wenn sie vor diesem Hintergrund die Selbstverständlichkeit eines Bekenntnisses zum Grundgesetz in ihrem Antrag als „respektlos und diffamierend“ bezeichnen.

„Es sollte selbstverständlich sein, dass Projektträger, die mit Jugendlichen oder Multiplikatoren gegen Extremismus arbeiten wollen, selbst das größte Interesse daran haben, sich nicht mit Extremisten gemein zu machen“, erklärte Bernstein in seiner Rede.

Denn der Antrag besage im Ergebnis nichts anderes, als dass die Fraktionen künftig nicht mehr sicherstellen wollten, dass Sie ausschließlich mit Partnern kooperieren, für die Sie die Hand ins Feuer legen würden!

Bernstein: „Um es ganz klar zu sagen: Wir erwarten, dass das Land Schleswig-Holstein weder jetzt noch in Zukunft mit Extremisten oder ihnen nahe stehenden Personen oder Organisationen zusammenarbeitet! Ich fordere Sie auf, diesen Antrag zurück zu ziehen.“

---

## „Blaues Wachstum“

### **Potentiale der marinen und maritimen Wirtschaft nicht vernachlässigen!**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag debattierte in seiner heutigen Plenarsitzung zum Thema „Blaues Wachstum“ einen Antrag der CDU-Fraktion, der die Landesregierung auffordert die Chancen für nachhaltiges marines und maritimes Wachstum zu nutzen und auszubauen.

„Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren das große Wachstumspotential der marinen und maritimen Wirtschaft gefördert und ausgebaut und ist so europaweit zu einem Motor in diesem Bereich geworden“, stellte die europapolitische Sprecherin Astrid Damerow die Leistung der CDU-geführten Vorgängerregierung heraus.

Mit rund 47.000 Beschäftigten bei einem Jahresumsatz von 8,5 Milliarden Euro ist die maritime Wirtschaft eine Zukunftsbranche mit enormem Entwicklungspotenzial, die es nach Auffassung der CDU zu nutzen gilt. Die neue Landesregierung habe hingegen bisher nicht im Ansatz dargelegt, wie sie diese wichtige Branche weiter voran bringen will.

„Die Landesregierung muss endlich erklären, wie die Chancen der Meerespolitik für Wachstum in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden sollen. Schleswig-Holstein darf die Zukunftspotentiale des marinen und maritimen Wachstums nicht vernachlässigen“, so Astrid Damerow abschließend.

Den Antrag der CDU-Fraktion finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0257.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)